



Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 22.

Berlin, den 1. September 1918.

13. Jahrgang.

Im Zeichen des Krebses.

Berlin, den 27. August 1918.

Versumpft und versandet.

Was war doch das vor Jahresfrist für ein Geschrei in der bürgerlichen und regierungssozialistischen Presse über die Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands. Wer damals den papiernen Ergüssen der unverbesserlichen politischen Optimisten Glauben schenkte, meinte wirklich, die Morgenröte einer neuen demokratischen Zeit sei über Deutschland aufgegangen und sein liebes Vaterland rage wirklich turmhoch über die „verkommenen“ westlichen Demokratien. Wer in jenen Tagen, wie wir es taten, gegen solchen illusionären Ueberschwang Front machte, wurde in der regierungssozialistischen Presse als verbohrteter Nörgler, Quertreiber und Ignorant an den Pranger gestellt. Und doch haben uns die Ereignisse vollständig recht gegeben. Heute ist es unseren Regierungssozialisten nicht mehr möglich, den Arbeitern das Märchen von ihren großen parlamentarischen „Erfolgen“ vorzuleiern. Das freie Preußen-Wahlrecht, das für viele vor einem Jahre schon eine fix und fertige Errungenschaft war, ist total versumpft und versandet. Das Mitbestimmungsrecht des Parlamentes bei der Ernennung von regierenden Männern ist aus Sumpf und Sand überhaupt nicht herausgekommen. Staatssekretäre werden gegangen wie Kühlmann und kommen wie Hinke, und der Reichstag muß sich damit abfinden.

All dem wird aber jetzt im Anfange des fünften Kriegsjahres die Krone aufgesetzt.

In West und Ost reden sich an der Schwelle des fünften Kriegswinters große und folgenschwere Fragen empor.

Aber diese Dinge existieren nicht für die Körperschaft, die als erste in einem Kulturlande dazu berufen ist, dazu Stellung zu nehmen, — sie existieren nicht für das Parlament, die deutsche Volksvertretung. — Der deutsche Reichstag läßt sich dadurch in seiner Ferienruhe nicht stören.

Wir haben jetzt annähernd 1500 Tag Krieg, in dieser Zeit ist der Reichstag kaum 150 Tage zusammen gewesen, während die Parlamente der „verkommenen“ demokratischen Weststaaten die ganze Kriegszeit hindurch mit nur ganz kurzen Unterbrechungen getagt haben. Gerade in diesen Tagen hat die Regierung Hertling ganz unzweideutig zu verstehen gegeben, wie sie in diesen schicksalsschweren Zeiten regieren will. Eine Zeitlang wurde die Frage erörtert, ob nicht wenigstens der Hauptausschuß des Reichstages zusammengerufen werden solle. Aber man hat auch auf dieses belanglose parlamentarische Scheinmanöver verzichtet, nachdem Herr v. Hinke den fünf Führern der größten Parteien „beruhigende“ Erklärungen abgegeben hatte. An eine Einberufung des Reichstages vor November ist natürlich erst recht nicht zu denken.

Doch halt! Von Herrn Ebert wird berichtet, daß er in jener Sechs-Männer-Unterredung für Einberufung des Parlamentes eingetreten sei. Aber da die anderen Herren davon nichts wissen wollten, sei der alte Klassenkämpfer Ebert nicht durchgedrungen. Darauf hat Herr Ebert achselzuckend wie Jochen Kusler gesagt: „Watt schatt id darbi taun!“ und sich in seine Dnecke gesetzt. Aber wie ist uns denn? Ist die Partei des Herrn Ebert nicht die Hauptstütze des Mehrheitsbundes im Reichstage? Haben in den letzten Wochen nicht Duzende von Fraktionskollegen des Herrn Ebert in vielen Versammlungen erzählt, welche großen

„Einfluß“ ihre Partei auf die anderen Mehrheitsparteien ausübe? Wo ist denn der „Einfluß“ in dieser überaus wichtigen Frage? Wenn unsere Regierungssozialisten wirklich die rechte Kurage zu einer Demokratisierung hätten, dann hätte Herr Ebert zu seinen Bundesbrüdern sagen müssen: „Meine Herren, in dieser an Verantwortung überreichen Zeit müssen Sie mit uns energisch für die sofortige Einberufung des Reichstages eintreten. Tun Sie das nicht, dann verfluchen Sie sich an der Demokratie und wir müssen Ihnen die Freundschaft kündigen.“

Aber Herr Ebert hat nicht so gesprochen. Letzten Endes war auch für ihn des Grafen Hertling Wille Befehl. Die Episode zeigt, wie die demokratische Energie des Regierungssozialismus völlig versumpft und versandet ist. Höchstens daß aus dem Sumpfe einige trübe Blasen in Form wehleidiger und resignierter „Vorwärts“-Artikel aufsteigen.

Da der demokratische Spiritus vollständig versalzen ist, haben sich die journalistischen und politischen Zeichendeuter wieder einmal an Reden schadlos gehalten, die in diesen Tagen gehalten worden sind. Reden, die genau so unverbindlich waren, wie die Hunderte von Ministerreden, die seit vier Jahren das rhetorische Beiwerk des Völkerrürgens darstellen und je nach der Kriegslage in Dur oder Moll gestimmt sind. Diesmal waren es der Staatssekretär des Reichscolonialamtes Dr. Solf und der Prinz Max von Baden, die beide ihre Leier auf Moll gestimmt hatten und allerlei schöne Redensarten an die auserlesene Schar ihrer Hörer richteten. Die Reaktion nach innen und nach außen wird durch solche Lusterschütterungen nicht davongeweht.

Die russische Armee.

In einem Gespräch mit unserem Mitarbeiter sagte der Kriegskommissar des Moskauer Gebietes Muraloff, daß das Mißgeschick, das uns in der letzten Zeit an der Front verfolgt hat, viel Ursachen hatte: Die geringe Zahl der Truppen, ungenügende Ausbildung und mangelhafte Disziplin unseres Heeres, nicht auf der Höhe seines Berufes stehende Kommando und schließlich hatten sich unsere Soldaten an die leichte Kriegskunst und die billigen Siege des Bürgerkrieges gewöhnt. An der tschecho-slowakischen Front stießen sie auf einen gut geschulten und nach allen Regeln der Kriegskunst kämpfenden Feind, daher sank ihnen der Mut, sie fühlten ihre mangelhafte Ausbildung.

Viel Schuld lag auch an der schlechten Führung. Die Spezialisten standen nicht immer auf der Höhe ihres Berufes. So z. B. trat der gewesene Offizier, Rechtssozialrevolutionär Machin auf Befehl seiner Partei in die Reihen der Sowjet-Armee ein. Er fundschaffte alle schwachen Seiten unserer Heeresverwaltung aus, und im entscheidenden Moment ging er mit seinem ganzen Stabe zum Feinde über.

Unsere früher ausschließlich aus Freiwilligen bestehende Armee besteht jetzt hauptsächlich aus ausgebildeten Parteiarbeitern, die es als ihre revolutionäre Pflicht auffassen, die Rechte der Arbeiter und der armen Bauernbevölkerung von den imperialistischen Banden zu verteidigen. Als Instrukteure können auch parteilose Leute aufgenommen werden. Von ihnen wird bloß genaue Kenntnis der Kriegstechnik und pflichttreue Ausfüllung ihrer Aufgabe verlangt.

Unsere Rote Armee hat eine gute politische Schulung durchgemacht. Das zeigt sich jetzt in der gründlichen Umgestaltung des Heeres an Zahl und Ausbildung. Kriegskommissare und hervorragende Parteimitglieder stellen sich an die Spitze der Truppen, auch die revolutionäre Disziplin ist wieder auf der Höhe, da nach der letzten Einberufung viele alte Soldaten, die den vierjährigen Feldzug mitgemacht haben, in die Reihen unserer Armee getreten sind. Eine große Bedeutung haben die kultur-erzieherischen Versuche der Kriegsorganisationen, die zur

Erweckung des revolutionären Bewußtseins, zur Hebung des Niveaus und der Kriegstüchtigkeit der roten Armee dienen. Die Moskauer Bezirkskommissionen haben nämlich einen Plan ausgearbeitet, laut welchem in jedem Regiment Klub gebildet und mit Zeitungen versehen werden. Parteizellen werden organisiert, die die Verantwortung der politischen Partei tragen, sogenannte Hausuniversitäten sollen gegründet werden. Außerdem käme noch eine Schule höheren Typs in Betracht, an der die tüchtigsten Parteigenossen wirken sollen.

Auch die technische Ausbildung ist jetzt im besten Zuge, die Soldaten der Roten Armee werden sowohl zum Positions-, als auch zum Feldkriege ausgebildet und erlernen alle notwendigen militärischen Griffe.

In der Roten Armee finden Vertreter aller Nationen Aufnahme, aber hauptsächlich aus der Arbeiterklasse.

Auf große Hindernisse bei der erfolgreichen Durchführung der Organisation der Roten Armee stoßen wir in der Lebensmittelfrage und den Mangel an tüchtigen Führern.

In richtiger Erkenntnis der schwierigen Lebensmittellage verhalten sich die Soldaten sehr ruhig und erfüllen trotz der schlechten Ernährung ihre Arbeit pflichttreu.

Doch ist Hoffnung vorhanden, diese Frage in günstiger Weise zu lösen, da eine gute Ernte in Aussicht steht.

Auch betreffs des Mangels an Führern ist die Lage nicht ganz hoffnungslos, denn die für Soldaten und Parteimitglieder neueröffneten Instrukteursschulen haben schon eine ganze Reihe eigener Offiziere aufzuweisen, die der Sowjetregierung treu ergeben und mit der technischen Seite der Kriegsführung gut vertraut sind.

Was die zwecks Registrierung zurückgehalten gewesenen Offiziere betrifft, so wird ein Drittel von ihnen, die nicht mehr und nicht weniger unser Vertrauen genießen, zur zwangswiseigen Verrichtung des Instrukteursdienstes herangezogen werden. Die Sabotage- und kontrarevolutionären Elemente werden aber die schwere Arbeit im Rücken der Armee leisten müssen.

Infolge der raschen Entwicklung des revolutionären Bewußtseins der revolutionären Disziplin und der Hebung des Bildungsniveaus habe ich allen Grund, optimistisch die Wiedergeburt unseres Heeres abzuwarten. Ich zweifle nicht daran, daß wir in nächster Zeit eine Reihe von glänzenden Siegen zu verzeichnen haben werden. — Mit diesen Worten schloß der Genosse Muraloff das Gespräch.

Tagebuch Nikolaus Romanows.

Vorwort.

Das Präsidium des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees hat eine besondere Kommission mit der Durchsicht und Veröffentlichung der Tagebücher und des sonstigen schriftlichen Materials, welches bei dem ehemaligen Zaren gefunden wurde, beauftragt.

Zuerst sollen die interessantesten Tagebuchseiten veröffentlicht werden.

Diese Eintragungen sind von Nikolaus Hand in jenen Tagen, gemacht, als das revoltierende Volk über das Schicksal der Monarchie in Rußland beschloß, im Februar, März und den folgenden Monaten der großen Revolution. Weiterhin wird die Kommission diejenigen Tagebuchseiten veröffentlichen, welche sich auf die hauptsächlichsten Erinnerungstage der Revolution des Jahres 1905 und auf die Entstehung und Führung des russisch-japanischen und des gegenwärtigen Krieges beziehen. Auch die anderen Teile des Tagebuches werden später veröffentlicht werden.

Gleichzeitig mit dem Erscheinen einzelner Tagebuch-Auszüge in den Zeitungen bereitet die Kommission die Herausgabe des ganzen Tagebuches Nikolaus Romanows in Buchform vor.

Das Tagebuch des ehemaligen Zaren beginnt mit dem 1. Januar des Jahres 1882. Es wurde genau 36 Jahre tagtäglich ohne Unterbrechung geführt, nur während der seltenen ernststen Krankheiten Romanows unterbroch er seine Notizen. Im Druck wird das Tagebuch allmählich erscheinen. Zuerst erscheinen in Buchform die Tagebücher für 1905 und 1917.

Bis zum Erscheinen einer vollständigen Ausgabe der Tagebücher übergibt die Kommission der Öffentlichkeit die Notizen für Februar bis März 1917.

werden. Es ist höchste Zeit, daß endlich auch die Liegen- der Arbeiter aus ihrem Pfligma herauskommen und sich zu einer energiegelichen, kraftvollen Politik aufraffen.

Aus Breslau wird uns berichtet, daß dort jedem Besucher des Neuplatzes u. a. die Broschüre von Eduard David: „Wer trägt die Schuld am Kriege?“ gratis eingehändigt wird. Die Broschüre kostet im Buchhandel 1 Mark. Die Herren lassen sich's was kosten; kommt ihnen doch die Argumentation Davids für ihre Ziele gut zu statten. Besser könnten sie es auch nicht machen. Sogenannte sozialdemokratische Führer liefern ihnen das Nützliche für ihre Politik, ohne daß man sich sonderlich anzustrengen braucht. Und Verleger gibt es auch, die da meinen: Non olet (Geld stinkt nicht). Werden die Arbeiter erkennen, wohin sie durch solche Führer geführt werden sollen?

Die Ortsgruppe Kiel der U. S. P. D. beschloß in ihrer letzten Versammlung, die Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl gegen eine starke Minderheit durch Ablehnung folgender Resolution:

„Die Zeitumstände sprechen nicht für eine Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen. Belagerungs- zustand, Zensur, Mangel an einer Presse, um den Anwürfen der Gegner gebührend entgegenzutreten zu können, sind Gründe, welche einen Erfolg nicht verbürgen. Auswärtige Referenten werden uns ebenfalls verlagert zu sprechen. Beteiligen wir uns also nicht an den dies- jährigen Wahlen; aber arbeiten wir unermüdet für den inneren Ausbau unserer Organisation. Der Zeit- punkt wird kommen, wo wir erfolgreich auf den Plan treten können.“

Sicherlich sind die hier angeführten Gründe den tatsächlichen Verhältnissen entnommen; trotzdem aber war die Mehrheit der Genossen der Meinung, daß jede Gelegenheit zur Vertretung unserer Ideen ergriffen werden muß. An Stelle von Frau Habergner wurde Genosse Strense zum Schriftführer gewählt.

Aus der Zeit.

Gut eingedeckt müssen sich Kölner Herrschaften haben; denn während sie in der Sommerfrische waren, sind gestohlen: 14 Duzend Betttücher, 10 Duzend Servietten, neu und noch nicht auseinandergetrennt, 25 Duzend Damastservietten, 15 Duzend Gertenkorn- Handtücher, 3 Duzend Kissenbezüge, 3 Duzend bunte Kissenbezüge, 2 Duzend Bettdecken, 1 1/2 Duzend Ueber- bettbezüge, 42 Herrenhemden, 33 leichte und schwere Unterhosen, 12 Duzend Herrenschichttücher, 3 Duzend Paar Herrenstrümpfe, 30 Nachthemden, 6 Duzend Damenhosen, 3 Duzend Paar schwarze Damen- strümpfe, 9 Duzend Tischtücher u. a.

Gegen die Schlemmerei auf den Rheindampfern richtet sich ein Verbot des kommandierenden Generals von Koblenz. Verboden wird das Bowletrinken und weiter wird die Einschränkung des Weingenußes ver- fügt. Die Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesell- schaft hat daraufhin die Schiffsrestauratione angewie- sen, keine Bowlenweine, Jutaten oder Bowlengefäße mehr auszugeben und die Abgabe von Wein zu ver- ringern. Und weil ferner in der Gegend von Rades- heim die für Kriegsgewinnler bestimmten Luftbar- leiten in privat in aufsehenerregender Weise zuge- nommen haben, hat der kommandierende General alle Luftbarleiten auf Privatgrundstücken der polizeilichen Genehmigung unterworfen.

Groß-Berliner Chronik.

Ein großangelegter Schwindel macht wieder von sich reden. Es handelt sich um Ver- trügereien, Wechselfälschungen und dergleichen, deren die Satini des Geheimen Justizrats und Kammergerichts- rats z. D. Dr. Lepa beschuldigt wird. Die Frau brachte ein beträchtliches Vermögen in die Ehe. Das Ehepaar führte ein großes Haus. Frau Lepa ver- stand aber auch, auf großem Fuße zu leben, machte häufig Reisen, natürlich 1. Klasse, und kaufte kost- bare Toiletten und Brillanten. Diese Passionen ließen das Vermögen bald zusammenschrumpfen und um ihre Lebensweise weiter führen zu können, ver- legte sich die Frau aufs Schuldenmachen und auf den Betrug. Das tat sie im Swoken, da sich das eher lohnt. Sie ging die Wege der Frau Kupfer; sie warf sich auf das Gebiet der Kriegslieferungen, wo- bei sie sich Helfershelferinnen bediente. Der Herr Kammergerichtsrat soll von alledem nichts gewußt haben, er ist aber vorläufig zur Disposition gestellt. Die Staatsanwaltschaft ist mit dem Riesenschwindel befaßt, bei dem es sich um Summen von 3 Millio- nen Mark handeln soll. Frau Lepa wird als haf- unfähig gehalten, sie war längere Zeit in einem Sa- natorium. In Haft befinden sich die Gesellschafterin der Frau Kammergerichtsrat, ein Fräulein Kleib so- wie ein Frk. v. Langen.

Die beiden Raubmorde in der Karl- straße und in der Linienstraße sind noch nicht auf- geklärt. Bemerkenswert ist, daß in dem Mordlokal in der Linienstraße nächstherweise das gestohlene Sparfassenbuch und Geld wieder in die Kommode praktiziert worden ist. Inzwischen ist in der Linien- straße wiederum eine Gastwirtin überfallen, nieder- geschlagen und beraubt worden. Der Täter ist er- griffen.

Die Entmündigung des Prinzen Friedrich Leopold, Sohn, ist wieder aufge- hoben worden. Die Entmündigung war im August 1913 wegen Verschwendung erfolgt. Etwas reichlich waren ja die Ausgaben, die sich der junge Mann geleistet hatte, aber er dachte schließlich: Vater be- zahlte, der hat's ja.

Verhaftet wurde in Charlottenburg der Vorsteher der Spandauer Brotbackenanstalt, Ma- gistratssekretär Paul Schulz. Er wird beschuldigt,

einen schwunghaften Handel mit Brotkartoffeln getrieben zu haben.

Die Erhöhung des Zeitungsbe- trages wird von zahlreichen Zeitungsverlegern offiziell angekündigt. Die Verleger motivieren eine neue Preiserhöhung mit den gestiegenen Ausgaben für Druck- und Druckmaterialien. Tatsächlich sind in letzter Zeit erhebliche Ausgaben für die Herstellung von Zeitungen eingetreten. Am schlimmsten sind die Zeitungen daran, die über wenig oder keine Inserate verfügen und die nicht durch Erhöhung der Inse- renteneinnahmen ihre Mehrausgabe zum Teil aus- gleichen können.

Einer von der alten Garde, Genosse Fröh Gehlar, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Von Beruf war er Klemptner. Schon früh reifte in ihm der Gedanke des Sozialismus. Gehlar wirkte in unermüdlicher Tätigkeit bis zu seinem Tode für die Verbreitung seiner und unserer Idee. Die ganze sozialistengesellschaftliche Zeit hat er wader auf sei- nem Posten gestanden und oftmals übertragen ihm die Genossen eine Delegation in den damaligen Bezirks- vereinen. Auch schloß er sich frühzeitig seiner Be- rufsorganisation an und wirkte in dieser. Zehn Jahre versah er das Amt eines Hilfskassierers in der Freien Hilfskassa der Metallarbeiter. Bis zum letzten Atemzuge blieb unser Freund ein grundsätz- licher und zielbewusster Genosse. Durch seinen auf- rechten Charakter hat er sich ein dauerndes Andenken in den Herzen der Genossen erworben.

Aus den Organisationen.

Die Anmeldung zur Neuköllner Jugendweife am Sonntag, den 22. September, bitten wir zu bewirken nach Redarstraße 3. Die Teilnahme veranlaßt keinerlei Kosten.

Schöneberg. Am Dienstag, den 3. September 1918, abends 8 1/2 Uhr, findet im Tunnel bei Ebrecht, Martin- Luther- Ecke Meiningen Str., unsere Mitgliederversamm- lung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag; 2. Diskussion; 3. Geschäftliches; 4. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Schöneberg. Am Sonntag, den 1. September 1918, findet ein Familienausflug nach Dahlewig statt. Treff- punkt nachmittags 1 1/2 Uhr Bahnhof Papestr. — Es wird gebeten, daß sich recht viele Genossen und Ge- nossinnen daran beteiligen.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin. Sonntag, den 1. September, normittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, Idealasino, Weichsel- straße 8; Oberschöneweide, Wilhelmminenhofstraße 43, bei O. Pamp: Freireligiöse Vorlesung. 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Frau Marie Krißke: „Was muß der moderne Mensch bei der Kindererziehung berücksichtigen?“ Gäste willkommen.

Quittung.

Für Parteizwecke gingen ein: Von den Tagsschnei- dern der Fa. Peel u. Cloppenburg 50 Mk.; P.: für Unterstützungszwecke 100 Mk. 6. Wahlkreis. Für Ueberhöhung des Mitteilungs- blattes der 13. Abteilung für Juni für den Pressefonds 15,20 Mk. Für das Jugendheim von der 6. Abteilung 7,70 Mk. Für das Jugendheim für zurückgeliefertes Material 9,70 Mk. Von der 5., 6. und 7. Abteilung gesammelt für das Jugendheim 13,50 Mk. Vom Genossen Goge für das Jugendheim 10,00 Mk. Vom Genossen Koch vom Sommerfest für das Jugendheim 10,00 Mk. Von den Kollegen von Schwärzkopf für das Jugendheim 74,90 Mk.

Männer- u. Frauencor „Ost“ (M. d. D. A. S. B.)

Vereinigung z. Pflege des volkstüml. Chorgesanges für Frauen und Männer der Arbeiterklasse. Übungsabende: Für Frauen: am Dienstag v. 9—11 Uhr. Für Männer: am Freitag v. 9—11 Uhr. Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11—13. Stimmbegabte Damen und Herren werden freundlichst um Beitritt ersucht.

Nachruf!

Am 4. August 1918 starb im Kriegslazarett zu Grodow (Rußland) unser lieber Freund und Jugend- genosse

Hans Zimmerlich

an den Folgen einer Krankheit, die er sich im Dienste fremder Interessen zugezogen hatte. Wir verlieren in ihm einen der Mitbegründer unserer Organisation, der er bis zum letzten Atem- zuge treu blieb. Es war ihm leider nicht vergönnt, in der ihm so lieb gewordenen Jugendbewegung weiter zu wirken, mit der er auf's Festeste ver- wachsen war und die ihn stets zu ihren Besten zählen wird.

Mut und Laetkraft konnte Dir nicht kosten, Vorwärts gingst Du ohne Ruh'; Wie der Erdball stets nach Osten, Strebt' Dein Geist der Freiheit zu. Du wirst uns unvergeßlich bleiben! Jugend-Bildungs-Verein Groß-Berlin.

Unserem lieben Genossen
Rudolf Arendsee
zu seinem 25 jährigen Dienstjubiläum die herz- lichsten Glückwünsche.
Die Funktionäre
des Stralauer Wahlvereins.

Den Kollegen zur Nachricht, daß der Dreher
Friß Mankner
Neukölln wohnhaft, seiner schweren Verwundung am 16. August in einem Kriegslazarett erlegen ist. Sein gerades und unerschrockenes Eintreten für die Interessen der Arbeiterschaft, welchem er schließ- lich auch zum Opfer fiel, sichert ihm ein ehrendes Andenken.
Ruhe sanft.
Die Funktionäre
des Daimlerwerks Marienfelde.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegs- schauplatz gefallen Genossen!

3. Wahlkreis.
Am 18. August verstarb im Lazarett infolge seiner erhaltenen Verwundung unser Genosse, der 87 jährige Buchbinder
Robert Flering
Staßschreiberstr. 27/28.

4. Wahlkreis.
Am 18. August fiel im Alter von 87 Jahren unser Genosse, der Tischler
Hermann Müller
Schreinerstr. 39, Bezirk 360.

6. Wahlkreis.
Am 11. August fiel durch einen Vortreffter unser Genosse, der 83 jährige Wartschelfer
Walter Flering
Bergstr. 13, 11. Abt., Bez. 605.
Im Felde fiel unser Genosse, der 86 jährige Arbeiter
Hermann Jarius
Bornholmer Straße 21, 6. Abt., Bez. 564.
Wahlverein Neukölln.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse, Dreher
Friß Mankner
Warthe-Straße 46/47, 16. Bezirk,
seiner schweren Verwundung im Kriegslazarett er- legen ist.
Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.
4. Wahlkreis.
Am 19. August verstarb unser Genosse, der Schlosser
Willi Weisß
Koppenstr. 59, Bezirk 312.
Am 15. August verstarb unser alter Genosse, der Klemptner
Friß Gehlar
Pintschstr. 9, Abt. 20.
Am 21. August verstarb unser Genosse, der Klemptner
Friß Wendel
Reichenberger Straße 101, Bezirk 205 II.
6. Wahlkreis.
Am Mittwoch, den 21. August, verstarb unser Genosse, der Hausierer
Florian Henkel
Schönhäuser Allee 64, 7. Abt., Bez. 578.
Wahlverein Neukölln.
Am 25. August 1918 verstarb an Herzleiden, 35 Jahre alt,
Adolf Politarshi
Eldestr. 27, 6. Bezirk.
Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluß: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Reid; Verleger A. Hoffmann; Heide Berlin D. 27, Schilderstraße 5; Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38

Demokratie und Sozialpolitik in England.

II.

Die englische Gesetzgebung versuchte nun zuerst die Arbeitslosigkeit durch allerlei Notstandsarbeiten, wie Straßenbauten, Straßenreinigung, Gärtnerei und dergleichen abzuwehren, erzielte jedoch nur einen absoluten Misserfolg. Auch die Auswanderung wurde untersucht. Eine Besserung brachte erst das Arbeitsnachweisgesetz von 1909, das mit dem Grundgedanken der kommunalen Selbstverwaltung brechend, die Oberleitung der Arbeitsnachweise in die Hände der Regierung legte. Ganz England wurde mit einem Netz von Arbeitsnachweisen überspannt, selbst in den kleinsten Ortschaften nehmen die Postanstalten Meldungen und Angebote entgegen und befördern sie an den nächsten Arbeitsnachweis, die Arbeiter erhalten die Reisefosten zum Antritt von Stellen kreditiert, Streikarbeit oder unter dem Durchschnitt bezahlte Arbeit braucht nicht angenommen zu werden, Arbeiter und Arbeitgeber wirken an der Verwaltung beratend mit. Das deutsche Vorbild der kommunalen Arbeitsnachweise wurde vielfach benützt, jedoch bedeutet die neue englische Regelung einen großen Fortschritt über den deutschen Zustand hinaus. Jetzt erst können Angebot und Nachfrage über ganz England hinweg ausgeglichen werden. Ein besonderes Gesetz über die Berufswahl der Jugendlichen (1910) organisiert die Berufsberatung, bei der Schule und Arbeitsnachweise zusammenwirken und insbesondere auf die Eltern Einfluß nehmen, ihre Kinder ausföhrlichen Berufen zuzuföhren, statt sie sofort in ungelernete Berufe zu geben, damit sie gleich verdienen.

Diese Maßnahmen allein vermehren aber noch nicht die Arbeitsgelegenheit. Dies wurde nun durch eine Reihe von Gesetzen über innere Kolonisation versucht, die immer energischer in das Privateigentum eingriffen. Seit 1909 kann jedermann bei irgendeinem Grafschaftsrat um Ueberlassung eines Bauerngutes von 5—50 Acres einschreiten und die Behörden können das Land hierfür vom Großgrundbesitzer zwangsweise kaufen oder pachten. Der Angestrebte hat ein Fünftel anzuzahlen, den Rest in 50 Jahren. Der Erfolg dieser Gesetzgebung war ziemlich bedeutend. Auch die Bildung von Genossenschaften für die Ansiedlung wurde finanziell unterstützt. Diese Maßnahmen sollen den Zustuß vom Land in die Städte der Lebenshaltung der industriellen Arbeiter herabdrücken, eindämmen. Neben der Kleinsiedlung ist auch ein großartiger Aufforstungsplan vorbereitet worden, der an Stelle öder Schafweiden allmählich Wälder setzen soll. Hierdurch würden nach vollständiger Durchföhrung 500 000 Arbeiter mit mehr als einer Million Angehöriger Beschäftigung finden. Allerdings wurde dieser Plan noch nicht in Angriff

genommen. Doch brachte Lloyd George 1909 ein Gesetz zur „Anschöpfung des Landes“ zur Annahme, das großzügige Straßen- und Wasserbauten, die insbesondere zur Entlastung des Arbeitsmarktes in Krisenzeiten dienen sollen, ferner Förderung von Klein-siedlungen, Genossenschaften, Aufforstungen, Meliorationen, wissenschaftlichen Untersuchungen vorsieht. Hierfür wurden bedeutende Mittel bewilligt. Auf Grund dieses Gesetzes können für irgend einen Zweck, der den wirtschaftlichen Fortschritt betrifft, Zuschüsse gewährt werden.

Sozialpolitisch bahnbrechend war ferner die Einführung der staatlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit (1911), die zunächst für eine Anzahl von Industrien mit 2 250 000 Arbeitern erfolgte. Die Unterföhrung beträgt 7 Schilling pro Woche bis zu 15 Wochen im Jahre. Die Kosten werden von den Arbeitern, Unternehmern und dem Staate gemeinsam getragen, die Anzahlung beforgen die Gewerkschaften mit voller Unabhängigkeit oder die Arbeitsnachweise, die ihre Arbeiter auch in schlechten Zeiten beschäftigen, werden sehr begünstigt, ferner erhält der Arbeiter nach Erreichung des 60. Lebensjahres seine gesamten Beiträge einschließlich 2½ Prozent Zinsen, aber abzüglich der empfangenen Unterföhrungen zurück. Mit der obligatorischen staatlichen Arbeitslosenversicherung ist die englische Sozialpolitik allen Staaten voran.

Im Jahre 1908 wurde die Altersversorgung eingeföhrt und zwar wurde allen Personen, deren Einkommen ein bestimmtes Minimum nicht erreicht, eine Pension zugesprochen. Diese Konstruktion ist also viel einfacher als jene der deutschen Versicherung. Die Leistungen sind aber höhere, auch ist der Kreis der Personen viel größer. Bei einem Vergleich ist zu berücksichtigen, daß in England die Altersversorgung von der Invaliditätsversicherung getrennt organisiert wurde, während sie Deutschland vereinigte. Die englische Invaliditätsversicherung wird später erörtert. Altersrenten wurden in England 1914 an rund 1 000 000 Personen gezahlt und die Durchschnittsrente betrug etwa 250 Mk. In Deutschland liefen anfangs 1914 etwa 1 000 000 Invalidenrenten und nur 87 000 Altersrenten. Die deutsche Altersrente betrug durchschnittlich 166 Mk., die Invalidenrente 187 Mk. Der Aufwand für beide Arten von Renten betrug in Deutschland 181 Millionen Mark, während in England für Altersrenten allein 243 Millionen Mark aufgewendet wurden. Dagegen erforderten die Verwaltungskosten in Deutschland mehr als zweieinhalbfach soviel als in England. Und schließlich zählt in England der Staat ganz allein die gesamten Kosten der Altersversorgung, während in Deutschland der weitauß größte Teil durch Beiträge der Versicherten aufgebracht werden muß. Zweifellos ist also die englische Altersversorgung viel großzügiger gedacht und gewährt den Arbeitern viel mehr als in Deutschland, wobei natürlich die im Detail gewiß vielfach vortrefflichen deutschen Einrichtungen nicht

unterschätzt werden sollen. Die englische Regierung nahm ferner die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre in Aussicht, was in Deutschland noch nicht geplant wurde.

Die Krankenfürsorge war in England früher teils durch freie Versicherungskassen, teils durch die Armenpflege organisiert. Lloyd George schuf 1911 eine allgemeine staatliche Zwangsversicherung, die sich ungefähr an die deutschen Einrichtungen anschließt, doch leistet in England auch der Staat einen Zuschuß, was in Deutschland fehlt, ferner sind in England die Unternehmer stärker herangezogen als in Deutschland. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, daß in England nach 26 Wochen automatisch die Invalidenrente im Betrage von 260 Mark jährlich in Kraft tritt, während die deutsche Invalidenversicherung anders und komplizierter organisiert ist, was mehr Verwaltungskosten erfordert. Die Kranken- und Invalidenkassen werden von den Arbeitern selbst viel unabhängiger verwaltet als in Deutschland, wo die staatliche Bürokratie den stärksten Einfluß ausübt. Dagegen haben die Unternehmer sehr geringen Einfluß, sie sind an der Organisation nur sehr wenig beteiligt. Trotzdem haben sie sich mit dem Gesetz abgefunden. Bemerkenswert ist, daß die Gewerkschaften durch das Versicherungs-gesetz einen sehr starken Mitgliederzuwachs erzielten; so gewann der Eisenbahnerverband 70 000 neue Mitglieder, die Ladengehilfen 60 000. Ein Mangel des englischen Gesetzes ist die geringe Staffelung der Beiträge und die nebensächliche Behandlung der Spitalsfrage. Die Ärzte erhalten 9 Mark per Mitglied, wovon 1½ Mark für die Lieferung von Arzneimitteln entfallen.

Die Unfallschädigung ist seit 1880 nach dem Haftpflichtgesetz geregelt; seit 1895 ist allmählich die direkte Versicherung in immer weiterem Umfang eingeföhrt worden. Eine umfassende Neuordnung erfolgte 1906.

Unter den neueren Arbeiterschutzbestimmungen ist die Einführung des Achtstundentages im Kohlenbergbau (1909) zu erwähnen, der in Deutschland noch nicht gesetzlich festgelegt ist. Die Produktionsbeschränkung wurde bald wieder ausgeglichen. Ferner wurde 1911 ein umfassendes Schutzesetz für die Kohlenarbeiter geschaffen, 1910 erhielten die kaufmännischen Angestellten einen freien Nachmittag in der Woche. Schließlich sind die Gesetze betreffend Auspeisung aller bedürftigen Schulkinder (1906), sowie betreffend Anstellung von Schulförstern und das vorbildliche Jugendschutzesetz (1908) anzuföhren.

Eine Sozialreform von großer prinzipieller Bedeutung war ferner die Festsetzung von Mindestlöhnen für Heimarbeiter, also für jenen Teil des Proletariats, der am meisten der Verelendung unterliegt. Das Gesetz von 1910 hat hiermit eine Bahn eröffnet, die noch kein anderer Staat betreten hat. Die Festsetzung der Mindestlöhne erfolgte durch Lohnämter, die aus Vertretern der Arbeiter, Unternehmern und der Regierung bestehen. Als Beispiel sei angeführt,

Der Marxismus in Rußland.

Von A. Martynow.

II.

G. W. Plechanow unterwarf zuerst das auf die „Besitzergreifung der Gewalt“ im Namen der sozialistischen Umwälzung in Rußland gerichtete Programm des „Narodowolozh“ einer marxistischen Kritik. Als aber die „Narodowolozh“ ihren geistigen Einfluß einbüßten und den legalen „Vollstümmlern“ Platz machten, die da facto jeden politischen Kampf aufgegeben hatten und nur davon träumten, daß die Regierung wirtschaftliche Reformen unternähme, um die bäuerliche Landgemeinde vor Verelendung zu schützen und der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland vorzubeugen, richtete Plechanow seine Pfeile auch gegen die legalen Vollstümmler der achtziger Jahre und ihren Abgott N. I. Michailowski. Einer vernichtenden Kritik unterzog er damals die Theorie der „Narodnik“ überhaupt, mit ihren subjektiven Methoden der Soziologie, mit ihrer Verberrlichung der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, mit ihrer an das Slavophilentum gemahnenden Verehrung der alten völkischen Grundlagen, vor allem der Landgemeinde, die aus den Zeiten der Hörigkeit erhalten geblieben war.

In seinen Schriften „Sozialismus und politischer Kampf“ und „Unsere Differenzen“, die gegen die „Narodowolozh“ gerichtet waren, entwickelte Plechanow als erster eine den Verhältnissen in Rußland angepasste Theorie des Marxismus. Seine verschwörerische „Besitzergreifung der Gewalt“ durch eine Gruppe demokratischer Revolutionäre, von der die „Narodowolozh“ träumten — schrieb Plechanow, — unterscheidet sich wie Erde vom Himmel von der „Diktatur einer Klasse“. In der modernen Gesellschaft ist das Proletariat die einzige sozialistische Klasse, aber für seine Diktatur sind in dem rückständigen Rußland die Verhältnisse noch nicht reif geworden. Die Prophezeiung der „Narodowolozh“, in der künftigen konstituierenden Versammlung würden 90 Prozent der Abgeordneten Anhänger der sozialen Revolution sein, sei besser Unföhm. Wollten die russischen Revolutionäre in ihrem politischen Kampf einen Erfolg davon tragen, so müßten sie sich vor allem klar werden, daß Rußland zunächst keine sozialistische, sondern eine bürgerliche Revolution durchmachen müsse und am Anfang eines langen Weges der kapitalistischen Entwicklung stehe. Die beröchtigte Landgemeinde, auf die die „Vollstümmler“ so große Hoffnungen setzten, entbehre aller inneren Kräfte für eine Entwicklung zum Kommunismus. Die Konfiskation der Gutsländereien und

die „Schwarze Umteilung“ (d. h. die Umteilung des Grund und Bodens), die die revolutionären Vollstümmler anstrebten, sei eine zweckmäßige Maßnahme; sie würde aber die Landgemeinde nicht befestigen, sondern zerlegen, denn schon jetzt „zerlegt sich die Landgemeinde am schnellsten gerade dort, wo die Bauernwirtschaft in verhältnismäßig günstige Verhältnisse gestellt ist“. Die mit Hinweisen auf Marx verknüpften Betrachtungen der „Narodnik“, daß der Kapitalismus sich in Rußland nicht entwickeln könne, weil die äußeren Märkte von anderen Staaten an sich gerissen seien und der innere russische Markt erschöpft sei, gründeten sich auf Unwissenheit und vollste Unkenntnis des Marxismus. Es ist unrichtig, — schrieb später Plechanow in einer Polemik gegen Woronzow (W. W.) — daß die vorgeschrittenen Länder, die alle Märkte an sich gerissen, uns auf den Weg „sozialistischer“ Reformen stoßen; richtig ist vielmehr, daß die rückständigen Länder, indem sie sich einen Weg zum Weltmarkt zu bahnen suchen, die vorgeschrittenen Länder auf die Bahn der sozialen Revolution stoßen, die vom Proletariat vollbracht werden wird.

An diese Voraussetzungen knüpfte Plechanow bestimmte praktische Schlußfolgerungen: die Hauptaufgabe der russischen Sozialisten, schrieb er, sei, mit ihrer Propaganda und Agitation in die Reihen des Proletariats zu gehen, die Grundlagen zu schaffen für eine Partei des Proletariats, das durch seine revolutionäre Bewegung gegen den Absolutismus auch der oppositionellen Bewegung der liberalen Gesellschaft Rückgrat verleihen und die Aufgabe ausnützen würde, daß es sich schon vor der bürgerlichen Revolution unter das Banner des Sozialismus gestellt hätte, um nachher im Verlauf dieser Revolution das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Arbeiterklasse zu verändern im Interesse ihres späteren Kampfes für die sozialistische Umwälzung.

In seinen späteren Schriften, namentlich in seinem Buche „Zur Frage der Entwicklung der monarchischen Gesellschaftsauffassung“, unterwarf Plechanow in seiner Polemik gegen N. Michailowski, Karejew, Nikolai-on, W. W. (Woronzow) und andere Häupter der Vollstümmler die philosophischen Grundlagen ihrer Lehren in allen ihren Abarten und insbesondere die russische „subjektive Schule der Soziologie“ einer scharfen Kritik, indem er zugleich die Leser mit der marxistischen Theorie des historischen Materialismus und ihren Voraussetzungen: der Hegelschen Dialektik und dem philosophischen Materialismus vertraut machte.

Die literarische Tätigkeit Plechanows legte ebenso wie die Tschernyschewskis von der enormen Vielseitigkeit und dem großen Wissen des Verfassers Zeugnis ab. Seine zahlreichen Schriften sind sowohl der philosophischen Kritik der Kantianer, Conrad

Schmidts, der Machisten, Bergsons u. a., wie der literarischen und publizistischen Kritik der russischen Schriftsteller gewidmet. Sie befassen sich ebenso mit der Theorie der Kunst und dem Problem der Entstehung der Religion, wie mit der Kritik verschiedener westeuropäischer und russischer Nationalökonomien, mit verschiedenen soziologischen Problemen, mit Fragen der russischen Geschichte und politischen Streitfragen der Gegenwart. Und wenn in allen diesen, der Form nach direkt klassischen, oft glänzenden Schriften jene an Genialität grenzende Originalität und Selbstständigkeit des Denkens fehlt, die in den Schriften Tschernyschewskis zu finden ist, und wenn sie zuweilen unter einem Ueberfluß an Bernünstelei und Rationalismus leiden, so sind sie dafür ausnahmslos erfüllt von der einheitlichen und tiefurchdachten Weltanschauung des genialsten Denkers des 19. Jahrhunderts — von der Weltanschauung Marzens.

Das Verdienst Plechanows ist ein dreifaches. Sein größtes geschichtliches Verdienst besteht darin, daß er unter meißerhafter Anwendung der marxistischen Denkmethode die Entwicklungsrichtung Rußlands richtig bestimmte und es dementsprechend verstand, die russische sozialistische Bewegung auf die Bahn der europäischen Sozialdemokratie zu föhren. Sein zweites Verdienst bestand darin, daß er eine Reihe Generationen russischer Revolutionäre marxistisch zu denken lehrte. Sein drittes, keineswegs geringes Verdienst endlich, das in diesem Falle weit über die Grenzen Rußlands hinausreicht, besteht darin, daß er, namentlich auf philosophischem Gebiet, die marxistische Wissenschaft gefördert und die marxistische Weltanschauung vertieft hat, obwohl andererseits auch zu bemerken ist, daß Plechanow gerade auf dem Gebiete der Philosophie seinen richtigen materialistischen Standpunkt oft in zu abstrakter Weise verteidigte. Darum ist eine erschöpfende materialistische Lösung seiner Widersprüche, in die sich die heutige eine Wachstumskrise durchmachende Naturwissenschaft (namentlich die Physik), verwickelt hat, noch eine Aufgabe der Zukunft.

Gegenwärtig ist Plechanow, wie viele andere Leuchten des Sozialismus, der Weltkrise des Sozialismus zum Opfer gefallen und infolgedessen, wenn gleich zeitweilig, für das revolutionäre Rußland gleichsam gestorben. Umso mehr erachten wir es als unsere Pflicht, seine früheren Verdienste entsprechend zu würdigen.

Der russische Marxismus kann schon allein darauf stolz sein, daß er in Gestalt Plechanows einen Mann hervorgebracht hat, der neben K a u t s k y mit vollem Recht als Testamentsvollstrecker von Marx und Engels galt.

daß in der Spitzenindustrie der Lohn um 175 Prozent erhöht wurde, in der Kettenindustrie um 60 bis 70 Prozent. Nach der Ausdehnung des Gefebes stiegen etwa 300 000 bis 400 000 Personen unter seine Wirksamkeit. Im Jahre 1912 wurde ferner auch den Grubenarbeitern in Kohlenbergwerken ein Mindestlohn gesetzlich zugesichert, der zwischen 4 und 9 Schilling täglich schwankt. Trotzdem ist die Rentabilität der Gruben nicht. Auch für die Landwirtschaft sind Mindestlöhne in Aussicht genommen, deren Bedeutung darin liegt, daß der Druck der ländlichen Reservearmee auf die Lebenslage der Industriearbeiter aufgehoben würde. Auch ein großer Teil der Konservativen hat diese Reformen unterstützt.

Konservative Führer waren es auch, die die Initiative für die Einführung einer allgemeinen Gewinnbeteiligung der Arbeiter ergriffen. Die Regierung sprach sich prinzipiell ebenfalls dafür aus, hielt aber die Sache für noch nicht reif. Immerhin hat sich ein Komitee von Industriellen und von Abgeordneten unter dem Vorsitz von Lord Grey gebildet, das für den Gedanken der Gewinnbeteiligung Verarbeiten verrichten sollte. In einem Memorandum an den Premierminister sprachen sich 157 Konservative, 272 Liberale, 10 irische und Arbeiterabgeordnete für die Befassung mit dieser Frage aus. Ein Gesetzentwurf des Abgeordneten Peto wollte eine Normativedivende von 5 Prozent festsetzen und für jede Steigerung der Dividende um 1 Prozent sollten die Arbeiter 5 Proz. Lohnerhöhung erhalten.

Zu allen diesen erfolgreichen Reformen trat nun noch der kühne Plan Lloyd Georges, eine vollständige Umwandlung der Verhältnisse des städtischen und ländlichen Grundbesitzes im Sinne der Sozialisierung anzustreben, der durch den Kriegsausbruch abgeschnitten wurde. Die sozialen Maßnahmen während des Krieges haben wir nicht zu besprechen.

Gewerkschaftsführer und Dreiklassenwahlrecht.

Nach Ausbruch des Krieges, als die Gewerkschaftsführer wegen der von ihnen erhofften Neuorientierung vor Sonne bebten, traten eine Gruppe bürgerlicher Politiker an sie heran mit dem Ersuchen, eine Agitation für die Beseitigung des preussischen Dreiklassenwahlrechts einzuleiten. Neben eine solche Zumutung waren aber die Gewerkschaftsführer sehr erschrocken: Sie sollten mitten im Burgfrieden die Neuorientierung in die Tat umzusetzen beginnen? Undenkbar! Und so berichtet denn das offizielle Protokoll der Gewerkschaftsbeamtenkonferenz vom August 1914:

Bauer (Generalkommission) gibt sodann Kenntnis von einem Vorschlage des Bauernständlers Dr. Böhme betreffend gemeinsames Vorgehen aller wirtschaftlichen Organisationen Preußens, um eine Verbesserung des preussischen Wahlrechts zu erreichen. Dieser hält eine solche Aktion gegenwärtig für aussichtslos. Redner hat dem Dr. Böhme seine Bedenken bereits mitgeteilt. Derselbe hält jedoch an seinem Vorschlage fest. Jedenfalls sei der gegenwärtige Zeitpunkt für derartige Aktionen vollständig ungeeignet, weshalb Redner bittet, die Entscheidung für eine spätere Zeit vorzubehalten, falls dann nochmals solche Anregungen an uns gelangen, und damit die Sache vorläufig für erledigt zu erklären.

Stüßler (Schneiderverband) sieht in einer derartigen Beantwortung eine Ablehnung; eine solche sollten wir nicht aussprechen.

Legien (Generalkommission) stellt das in Abrede. Die Antwort wird so ausfallen, daß wir für später auf alle Fälle freie Hand behalten.

Leipart (Holzarbeiterverband) würde es für richtiger halten, Dr. Böhme zu sagen: Wenn die Beteiligung aller anderen wirtschaftlichen Vereinigungen sicher ist, daß wir dann auf alle Fälle mitmachen.

Legien (Generalkommission) hält es für ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften sich in einer so hochpolitischen Frage in dem gegenwärtigen Zeitpunkt engagieren können. Man solle es daher bei dem Vorschlage Bauers belassen.

Kloth (Buchbinderverband) ist dafür, daß Dr. Böhme im Sinne der Ausführungen Bauers beschieden wird. Dr. Böhme könne inzwischen ruhig alle anderen Vorklebrungen zu dem geplanten Vorgehen treffen.

Simon (Schuhmacherverband) wünscht größte Vorsicht bei einer Antwort an Böhme.

Baepflow (Bauarbeiterverband) ist der Ansicht, daß die Generalkommission gar keine Antwort geben soll, da wir den Standpunkt des Parteivorstandes nicht kennen. Wir müssen überhaupt jede Beteiligung an einem solchen Unternehmen ablehnen, da uns eine Beteiligung später böse angekreidet werden könnte. Jedenfalls soll man keine auch nur bedingte Zusage für später machen.

Ebert (Partei-Vorstand) hat persönlich die allergrößten Bedenken gegen ein Eingehen auf den Vorschlag Böhmes, da höchstwahrscheinlich an die Regierung in diesem Falle mit sehr zurückgeschraubten Forderungen herantreten und dadurch mittelbar die Partei festgelegt werden würde.

Leipart (Holzarbeiterverband) war der Ansicht, daß das geplante Vorgehen Böhmes mit wirtschaftlichen Argumenten belegt werden sollte. Da können die Gewerkschaften mitmachen. Es ist eine hochpolitische Aktion, wie Legien sagt, so brauchen wir uns mit der Sache nicht zu befassen.

Bauer (Generalkommission) gibt noch weitere Aufschlüsse über den Plan Dr. Böhmes. Derselbe beabsichtigt, alle Angestellten- und Arbeiterverbände für die

Sache zu gewinnen. Für eine Verbesserung des preussischen Wahlrechts haben sich unsere Gewerkschaften bisher schon rückhaltlos eingesetzt. Rechnen wir eine Beteiligung direkt ab, so können wir vielleicht die ganze Sache gefährden. Von einer Zurückschraubung unserer Forderungen kann gar keine Rede sein. Auf ganz bestimmte Forderungen wird man sich sowieso nicht festlegen können. Es handelt sich nur darum, daß durch eine derartige Aktion die Partei nicht gefährdet, sondern im Gegenteil noch unterstützt wird. Unser Vorschlag deckt sich auch mit der Stellungnahme der Mehrheit der Fraktion.

Sabath (Schneiderverband) hält die Angelegenheit für eine rein politische. Daher ist es notwendig, daß darüber erst eine Verständigung mit dem Parteivorstand stattfindet. Er empfiehlt, eine solche Verständigung herbeizuführen.

Silberschmidt (Bauarbeiterverband) hält eine Antwort im Sinne Bauers nicht für angebracht, weil das mancher unserer Handlungen während des Krieges widerspräche. Er schließt sich dem Vorschlage Sabaths an. Man solle zugleich Böhme insoweit zustimmen, daß er die nötigen Vorbereitungen bei den anderen wirtschaftlichen Verbänden trifft. Eine Ablehnung der Aktion ist nicht zu empfehlen. Auf Einzelheiten des zu fordernden Wahlrechts sollte man sich nicht festlegen.

In der Abstimmung wird der Vorschlag Silberschmidts mit großer Mehrheit angenommen.

Das läßt uns einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt der Gewerkschaftsführer tun. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer hält den Zeitpunkt nicht für geeignet — genau wie die Konservativen es heute tun — der sozialdemokratische Abgeordnete Legien dachte ebenso, der Buchbinder Kloth war der gemüthlichen Ansicht, daß der bürgerliche Dr. Böhme die Vorbereitungen inzwischen treffen könne. Der Bauarbeiter Baepflow war entsetzt über die Zumutung, für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts einzutreten; wenn es sich darum gehandelt hätte, irgend eine Regierungsmaßnahme zu unterstützen, dann wäre er gleich damit einverstanden gewesen. Nun sehe man sich noch den Holzarbeiter Leipart an, der zwischen einerseits und andererseits hin- und herschwankt, dann vergeht einem der Appetit, sich noch weiter mit den Herrschaften zu befassen.

Nachdem man dieses Protokoll kennt, wird man freilich auch begreifen, daß es die Regierung und die Bürgerlichen mit der Aenderung des preussischen Dreiklassenwahlrechts nicht eilig gehabt haben.

Aus dem Gewerkschaftsleben.

Auf die Lage der Seeleute wirkt ein Aushang, der an Bord deutscher Schiffe sich befindet, ein Schlaglicht, in dem es heißt:

Seeleute, mustert nicht ab!

Die Herbeischaffung von Erz in größtem Umfange ist für die Munitionsherstellung unbedingt erforderlich.

Die häufigen Abmusterungen unserer Seeleute von den Erzdampfern verursachen diesen Schiffen großen Aufenthalt, wodurch unter Umständen eine Einschränkung der Munitionsherstellung eintreten kann. Die Folge ist nicht nur ein großer Vorteil für unsere Feinde, nicht nur eine direkte Schädigung tausender unserer vor dem Feinde stehender Kameraden, sondern auch eine Verlängerung des Krieges. Wer wird das wollen?

Die Reedereien tun das Möglichste, um die nun einmal bestehenden Verpflegungsschwierigkeiten und sonstigen Beschwerden der Seeleute, soweit sie angänglich, zu beheben. Zu diesem Zwecke werden in nächster Zeit seitens des Zentralvereins Deutscher Reeder, Mannschaftsabteilung, in den Hauptverkehrshäfen Vertrauensleute angestellt werden, die jedes Schiff besuchen werden, und denen Beschwerden irgendwelcher Art offen mitgeteilt werden können. Der Vertrauensmann wird, soweit es in seiner Macht liegt, für Abstellung etwaiger begründeter Mängel sorgen und etwaige Streitigkeiten schlichten. Jeder möge sich daher an ihn wenden.

Kein verdächtiger Mann sollte in dieser schweren Zeit ohne wirklich triftigen Grund abmustern, jedenfalls nicht, bevor er mit dem Vertrauensmann gesprochen hat.

Zentralverein Deutscher Reeder e. V.
Mannschafts-Abteilung.

Dazu bemerkt der „Courier“:

„Unsere eigenen Anweisungen werden durch diesen Aushang nicht berührt. Tun die Vertrauensleute des Zentralvereins Deutscher Reeder streng ihre Pflicht und verhalten sie sich nach allen Seiten hin streng neutral, sind sie unseres Bestandes sicher, andernfalls gilt auch ihnen unser Kampf.“

Also heraus mit den Beschwerden, wenn sie begründet sind, einerlei gegen wen sie sich richten! Aber Treue dem Schiff, Ruhe und Ordnung an Bord, wenn zu Klagen keine Ursache vorliegt. Das ist deutsche Seemannsart.“

Und weiter wird mitgeteilt, daß alle Beschwerden an Paul Müller in Hamburg gerichtet werden sollen, der ihre Nachprüfung und sachgemäße Erledigung mit Hilfe des Zentralvereins Deutscher Reeder oder der See-Berufsgenossenschaft veranlassen wird.

Unternehmer gegen Arbeiter. Wie manche Unternehmer sich vor Lohnerhöhungen zu schämen suchen, geht aus einem Rundschreiben hervor, das folgenden Wortlaut hat:

Merkur Flugzeugbau G. m. b. H.

Berlin SO. 36, 26. Juli 1918.
Treptower Str. 36—40.

Streng vertraulich.

Wir bitten die verehrliche Direktion, ihren Betrieb veranlassen zu wollen, daß der erst 18 Jahre alte Schlosser Max T., geb. am 21. 1. 1900, wohnhaft zu Berlin (folgt Straße und Hausnummer) nicht eingestellt wird.

T. ist bei uns als Schlosser mit einem Stundenlohn von 1,50 Mk. angestellt, arbeitet in der Teilschlosserei Alford und verdient durchschnittlich 2,75 bis 3 Mk. pro Stunde. T. verlangt jetzt einen Abfahrtschein mit dem Hinweis, daß er bei der Firma A. E. G., Flugzeugbau Hennigsdorf, 2,50 Mk. Stundenlohn und entsprechend erhöhten Alford erhalten kann.

Sie werden wahrscheinlich auf dem gleichen Standpunkt wie wir stehen, daß die Verhältnisse, wie sie in der letzten Zeit bezüglich Lohnforderungen heraufgewachsen, dermaßen ungesund geworden sind, daß sie uns in diesem Falle unterstützen werden.

Wir haben von diesem Falle der Kgl. Inspektion Kenntnis gegeben und erwarten auch von dieser Seite Unterstützung.

Es sollte uns sehr angenehm sein zu hören, ob Sie unsere Bitte erfüllen werden, und zeichnen wir im voraus bestens dankend

Hochachtungsvoll

Merkur Flugzeugbau G. m. b. H.
(gez.) Unterschrift unleserlich.

Dieses Schreiben ist von der Firma an andere Flugzeugbauende Firmen verandt worden. Es zielt in der Aufforderung, den genannten Arbeiter nicht mit höherem Lohn einzustellen, damit die Löhne nicht weiter anwachsen. Das bedeutet natürlich, daß die Unternehmer ihre Profite um so höher steigern können. Die Unternehmer nehmen sich alles heraus gegen die Arbeiter und die Arbeiter sind dagegen wehrlos gemacht.

Aus Stettin wird uns geschrieben: Sonderbare Zustände herrschen in der Stettiner Filiale des Deutschen Schneiderverbandes. Die Filiale übernimmt größere Posten Militärarbeit und gibt diese an Mitglieder, besonders an Näherinnen, aus. Leiter dieser Arbeitsausgabe ist der erste Lokalangestellte und Filialleiter W. Groth. Als Abnehmerin fungiert seine Tochter Frida Groth. Sind besondere Beschlüsse in den Verbandssammlungen zu fassen, z. B. Wahlen zur Ortsverwaltung oder zum Kartell vorzunehmen, dann wird dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern der Geschäftsleiter W. Groth bringt diese Angelegenheiten zum Schluß, wenn er sieht, daß die von seiner Tochter bearbeiteten Kolleginnen aus der Arbeitsausgabe recht zahlreich angetreten sind. Es sind heute noch die Kartelldelegierten zu wählen. Dann schlägt er sich selbst und den zweiten Angestellten S. Benoit vor. Die Versammlungen, die schon den Saal verlassen, stimmen zu und die Wahl ist fertig. So ist es ihm gelungen, jede Opposition fernzuhalten.

Das stärkste aber war folgendes: Zu dem in nächster Zeit stattfindenden Verbandstage soll ein Delegierter gewählt werden. Die Verwaltung schlug Groth vor, aus der Versammlung wurde Kollege Schiemann vorgeschlagen. Laut Statut können mehrere Vorschläge zur Wahl gestellt werden. Was tut aber Groth? Er läßt die Versammlung abstimmen, wer als Kandidat aufgestellt werden soll. Von den circa 60 anwesenden Mitgliedern stimmt die Mehrheit für ihn und nun erklärt Groth: „Schiemann scheidet aus der Wahl aus, ich bin der alleinige Kandidat.“ Danach haben die 800 Mitglieder der Filiale am Wahltage, den 17. d. M., nur noch die Wahl Groth zu bestätigen, denn der Gegenkandidat ist aus dem Wege geschafft.

Aus dem Geisteschatz des Sozialismus.

„Die Erreichung der Staatsgewalt durch das Proletariat, d. h. durch eine große Volksklasse, läßt sich vor allem nicht künstlich herbeiführen. Sie setzt von selbst, abgesehen von Fällen, wo, wie in der Pariser Kommune, die Herrschaft dem Proletariat nicht als Ergebnis eines zielbewußten Kampfes, sondern ausnahmsweise als von allen verlassenes herrenloses Gut in den Schoß fällt, einen bestimmten Reifegrad der ökonomisch-politischen Verhältnisse voraus. Hier liegt der Hauptunterschied zwischen ökonomischen Staatsformen einer „entschlossenen Minderheit“, die jederzeit wie aus der Pistole geschossen und eben deshalb immer ungezähmt kommen, und der Eroberung der Staatsgewalt durch die große und zwar klassenbewußte Volksmasse, die selbst nur das Produkt eines beginnenden Zusammenbruches der bürgerlichen Gesellschaft sein kann, deshalb in sich selbst die ökonomisch-politische Legitimation ihrer zeitgemäßen Erscheinung trägt.“

R. Luxemburg: „Sozialreform oder Revolution?“

Literarisches.

Sozialistische Auslandspolitik. (Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid, unter ständiger Mitwirkung von E. Bernstein, H. Bock, S. Haase, K. Kaustky, S. Ströbel, u. a. Erscheint wöchentlich einmal.)

Die sieben erschienene Nr. 35 enthält u. a.: Ein anderes: treffend reden, und ein anderes: viel von Aug. Erdmann. Die Besteuerung der Massen (I) von Em. Burm. Luxemburg und die Internationale von Lulus-Luxemburg. Zur russischen Agrarfrage von G. E. Graf. Kriegsphilosophie von Therese Schlegel-Wien.

Die Sozialistische Auslandspolitik kann direkt vom Verlag (Berlin W. 15, Fasanenstr. 58) wie auch durch die Parteibuchhandlungen, die Organisationen und durch die Post bezogen werden. (Postzeitungsliste Nachtrag Nr. 8.) Preis für Deutschland und Oesterreich-Anhalt vierteljährlich vier Mark. für das übrige Ausland fünf Mark.

Jugend und Politik.

III.

Zugegeben, der Krieg und die kommende Zeit stoßen die Jugend rücksichtslos auf die politischen Dinge, so bestreiten wir, daß die Jugend reif ist zum politischen Denken und Handeln — sagen jetzt die Gegner unserer Auffassung.

Besonders die abhängige Jugendbewegung der „Arbeiter-Jugend“ steht zu dieser Ansicht und hat ihre ganze Jugendbildung auf diesen Glaubenssatz aufgebaut und begründet mit der „mangelnden Reife“ der Jugend zum Teil ihre Bevormundung durch die Erwachsenen. Sie wollen in Konsequenz ihrer Auffassung die Jugend von 14 bis 18 Jahren zuerst erziehen und vorbereiten für den späteren Kampf, sie also erst „reif“ machen. Die Erwachsenen glauben zudem ihre Ansicht bestätigt zu finden, wenn sie sich ihrer eigenen Jugend erinnern. Bringen dann aber einmal im Laufe einer Versammlungsdiskussion die 17-jährigen trotz künstlicher Bewahrung vor aller Politik den Nachweis, daß sie den Erwachsenen in der Beurteilung der politischen Geschehnisse gewachsen sind, dann betont man, um wenigstens etwas zu retten, daß die 14- bis 16-jährigen jungen Leute auf alle Fälle nicht reif seien für die Politik.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß diese Auffassung durch die Tatsachen widerlegt wird. Die Jugend, die, wie wir gesehen haben, täglich mit den politischen Dingen zusammenstößt und unter ihnen leidet, wird schon durch diese einfache Tatsache zum Nachdenken gezwungen und — reif gemacht. Es ist eben nicht mehr so, wie in der Jugend- und Lehrzeit der heutigen Alten. Die Zeiten haben sich gewaltig geändert. Der Interessengegensatz zwischen jugendlichem Arbeiter und Unternehmer tritt heute kraft in die Erscheinung. Demgegenüber ist das damalige Arbeits- und Lehrverhältnis gemütslich zu nennen.

Aber der Jugendlische wird nicht nur auf diese Weise politisch reif gemacht. Es ist hier schon gesagt worden, daß die Art der Verwendung zu den verantwortlichsten Arbeiten die Jugend im allgemeinen geistig früher reif macht. Diese Frühreife läßt sie auch die politischen Fragen schneller erfassen. Dazu kommt der Umgang mit den älteren Arbeitsgenossen, der das übrige tut, um die Jugend zu politisieren.

Im übrigen wäre es auch ein großer Fehler, die Jugend künstlich vor der Politik bewahren zu wollen. Man lernt nicht schwimmen, wenn man nicht ins Wasser kommt. Nach 18 Jahren wird die Jugend nicht politisch denken können, wenn sie bisher davor bewahrt wurde, sich darin zu üben.

Und die 14- bis 16-jährigen? Welch' ängstliche Frage! Fragt denn die Gesellschaft, fragt der Unternehmer danach, ob die 14-jährigen reif sind zur Ausbeutung, leiden sie nicht unter denselben Verhältnissen, wie ihre älteren Arbeitskameraden? Werden sie nicht dadurch ebenfalls politisch reif?

Dann aber weisen wir darauf hin, daß die 14- bis 16-jährigen nicht die Jugend ausmachen. Es war von Anfang an ein Fehler, auch die Jugendbewegung in dem engbegrenzten Politzeitsinne aufzufassen. Die Träger der heutigen und vor allen Dingen der kommenden Jugendbewegung sind die 16- bis 20-jährigen. Sie stellen den bewußten und entscheidenden Teil in der Jugendbewegung dar. Und vor allem auch den handelnden Teil. Die Arbeiterklasse gestaltet ihr politisches Programm auch nicht nach den Auffassungen der unentwickelten und dem politischen Kampfe fernstehenden Arbeiterschichten, sondern immer im Sinne des fortgeschrittensten Teils der Arbeiterklasse. Also können auch nicht die 14-jährigen die Tätigkeit und Richtung der Jugendbewegung bestimmen.

Die Bedenken, die hier von jener Seite gegen die Politisierung der Jugend erhoben werden, muten komisch an, wenn man den Blick auf die Bestrebungen der Gegner der Arbeiterklasse richtet. Dort kennt man solche Zimperlichkeit nicht. Dort fordert und betreibt man die

Politisierung der Jugend mit Nachdruck. Im preussischen Abgeordnetenhaus forderte zum Beispiel ein konservativer Abgeordneter eine staatsbürgerliche Erziehung folgendermaßen:

„Jungdeutschland muß bis in die Schulen politisiert werden. Wir wollen politische Menschen und politische Charaktere schaffen durch politischen Unterricht bis in die letzte Dorfschule hinein. Wir müssen eine weltpolitische Kinderschule haben.“ Wer die Dinge verfolgt, weiß, daß in diesem Sinne auch gearbeitet wird.

Nehmen wir den Blick auf die bürgerliche Jugendbewegung: Politik wohin wir schauen. Allerdings, nationale Jugendbildung heißt es da. Sie dient aber den politischen Interessen der Bestehenden, dem imperialistischen Staate. Es wird nicht lange gefragt, ob die Jugend auch reif ist. Noch weniger fragt der Staat nach der Reife, wenn er zum Militär aufruft.

Es wäre nach allem eine Torheit, unseren Gegnern die Politisierung der Jugend in ihrem Sinne zu überlassen. Ob wir wollen oder nicht, wir müßten der Politisierung der Jugend durch das Bürgertum und den Staat die unserer entgegensetzen, wenn nicht schon durch die bestehenden Verhältnisse die Jugend zu politischem Denken und Handeln gezwungen wäre.

Die entmannte Jugendbewegung.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Die geistige Anfreiheit der der „Zentralstelle“ angeschlossenen Jugend trägt ihre Früchte. Die Politik des 4. August konnte nicht ohne Einwirkung auf die Jugendbewegung der Mehrheitssozialisten bleiben, die in ihren geistigen Hauptrichtungen ein Werk der „leitenden Personen“ darstellt. Die Jugend selbst ist hier Objekt, Gegenstand der Arbeit, nicht schöpferischer Wille, nicht treibendes Moment. Und wenn das Leiborgan dieser Jugendbewegung eine Schwelung nach rechts vorschreitet, so folgen im Lande die Jugendausschüsse schnellstens, denn sie sind ja die „Disziplinierten“, diejenigen von der „Straßenorganisation“.

Man raucht die Friedenspfeife nicht nur mit alten in der Politik ergrauten Männern, auch dem gärenden Most der Jugend legt man eine hinreichende Portion Wasser zu, um ihn nur nicht über den Rand des löstbaren Gefäßes „Ruhe“ treten zu lassen. Nicht allein in der Parteipolitik schludert man allen Groll hinunter und bemüht sich krampfhaft, die sozialistischen Volksgenossen über die tatsächlichen Dinge hinwegzutäuschen, sie von den Bahnen des alten Kampfes abzuhalten; auch schon der Jugend erzählt man, daß die Unterschiede zwischen sozialistischer und bürgerlicher Jugendbewegung nicht allzu große seien und daß es doch viele einigende Momente zwischen diesen beiden Gruppen gibt. Gewiß sind es einigende Momente, wenn sozialistische und bürgerliche Jugendbewegung gemeinsam an den Wohltaten des Staates und der Gemeinden teilhaben, indem ihnen die Turnhallen, Sport- und Spielplätze, Schulküchen und öffentliche Gebäude zur Verfügung stehen, oder vielleicht freie Eisenbahnfahrt gewährt ist. Das alles verpflichtet zu Dank. Ratsch streift man dann seinen roten Anzug ab, redet von der Jugend, die keine Klassengegenstände und damit auch keine Klassenkämpfe kennt, hiebert sich mit guten Worten und frommen Mienen bei der bürgerlichen Jugendbewegung an, wobei Ziel und Wesen der sozialistischen Jugendbewegung vollends verloren gehen. Keine Trennung, kein Strich zwischen bürgerlichen Reformlern und Christen, zwischen geistig vollkommen abhängiger Jugend und der jungen Garde des Klassenbewußten Proletariats.

Es ist ein trauriges Ergebnis des Krieges, daß nun auch die sozialistische Jugendbewegung entmannt ist. Allerdings würde die Grundtatsache teuer geworden sein. Man hätte auf die vielen kleinen Vorteile verzichten müssen, die auf den ersten Blick locken, man hätte sich auch fernerhin mit Stolz sozialistische Jugendbewegung nennen müssen. Es ist veräußert worden, der Arbeiterjugend im Kriege eine ausreichende sozialistische Schulung mit auf den Lebensweg zu geben, ihr zu sagen, daß die Regierung und das Bürgertum heute und morgen genau so entschiedene Gegner des Sozialismus sind, wie sie es gestern waren. Dann wäre Klarheit gewesen. Die bürgerliche Jugendbewegung hat ihren Charakter in keiner Hinsicht zu ändern brauchen, und ihr wären die gewappneten und entschlossenen jungen Proletarier von der sozialistischen Schule gegenübergetreten.

Für eine proletarische Bewegung ist es besser, grundsätzlichen zu jeder Zeit hinter ihrem Programm zu stehen und dafür Hohn und Kampf des Bürgertums zu ernten, als sich um eines Zuderbrotes willen fäden zu lassen und die Weisheit nachher doppelt schmerzhaft zu spüren. Darum ist es auch richtiger, daß wir weiterhin die alte sozialistische Jugendbewegung bleiben und die Wohltaten des Klassenstaates ablehnen. S. S.

Die staatliche Jugendpflege.

Wie weit es mit der Zusammenfassung der gesamten Jugendpflege gehen soll, zeigte ein Antrag, der von Zentrumsabgeordneten letzthin im preussischen Abgeordnetenhaus gestellt wurde:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die bestehenden staatlichen Einrichtungen für Jugendpflege in einer Zentralstelle für Jugendpflege beim Kultusministerium zusammenzufassen.“

Es ist klar, daß von dieser Zentralstelle nicht nur die staatlichen Einrichtungen für Jugendpflege erfasst werden sollen. Der Zweck geht in Wirklichkeit weiter. So wie die kommunalen Jugendämter später direkt und indirekt mit den bürgerlichen Jugendpflegeausschüssen zusammenarbeiten werden — augenblicklich steuert diese Betätigung noch in den Anfängen — so wird auch die genannte Zentralstelle alle bürgerlichen Jugendpflegebestrebungen, und vor allem die von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt gespeisten, unter ihre Fittiche nehmen.

Fast zur selben Zeit, als dieser Antrag die zielbewußte Arbeit des Bürgertums und der Regierung auf dem Gebiete der Jugendpflege angeht, forderte man auf einer Tagung der freiwilligen Erziehungsbeiräte ein Reichsjugendgesetz. Ueber unklare Nebensachen ist man bei der Besprechung dieser Frage nicht hinausgekommen. Sicher ist aber, daß auch dieses Reichsjugendgesetz, wie alle Gesetzesmaßnahmen für die Jugend, in seiner Wirkung darauf hinausläuft, die Jugend über ihre traurige, wirtschaftliche und rechtliche Lage hinwegzutäuschen oder die proletarische Jugendbewegung zu bekämpfen. Dies Urteil trifft auch zu auf einen Gesetzentwurf über die Ueberwachung der Jugend, den der Minister des Innern, Dr. Trems, im preussischen Abgeordnetenhaus am 17. Juni ankündigte.

Freie Jugend und Sportvereine.

Von den Arbeitersportvereinen stehen uns die Turner noch am nächsten. Aber die Turnerschaft steht in ihrer ganzen Betätigung und Auffassung von der Jugendbildung den Sportvereinen viel näher als der freien Jugendbewegung. Die Sportbewegung war seit jeher ein Hemmschuh für die freie Jugendbewegung. Sie ist in ihrer heutigen Form fast ausschließlich Selbstzweck und verliert vor allem das Ziel der Arbeiterbewegung aus dem Auge. Je einseitiger sie den Sport treibt, je mehr entfernt sie sich von den Zielen der freien Jugend. Man denke nur an die verschiedenen Wandern-, Schwimm-, Fußball- und Radfahrervereine, die — abgesehen von den Einschränkungen während des Krieges — alle ihre besonderen Jugendabteilungen haben. Nicht einmal eine allseitige Ausbildung des Körpers gegenüber der einseitigen körperlichen Anspannung durch die Berufsarbeit, sondern einseitigster Sport wird betrieben. Daneben arteile die Sportbewegung in Vereinspielererei aus. Zum großen Teil gehören dort die Vier- und Vereinsabende, bei denen oberflächliche Unterhaltung und leichte Vergnügungen vorherrschen, zur ständigen Einrichtung. Die Vereinsleiter, Kassierer und sonstigen Amtsinhaber verbringen ihre freie Zeit mit einer gewissenhaftigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre. Und mit dieser Betätigung kann man die meisten Sportvereine ganz ruhig neben die Vergnügungsvereine oder Rauchklubs stellen. In ihrer Wirkung sind sie ein Schaden für die Arbeiterbewegung, besonders für die Jugendbewegung.

Die Arbeiterturner haben viel von diesem geschickelten Vereinsbetrieb. Sie stehen allerdings im Gegensatz zu dem einseitigen Sport, aber sie betonen zu einseitig die körperliche Ausbildung der Jugend, sie wird bei ihnen Selbstzweck. Vor allem übersehen die Turner, daß die geistige Ausbildung für die Jugend die Hauptsache ist. Wir brauchen von allem Menschen, die selbständig denken und handeln gelernt haben, wenn wir die wirtschaftliche und politische Anfreiheit der heutigen Gesellschaft überwinden wollen. Dazu soll die Jugend zu ihrem Teil beitragen. Darum gilt es vor allem eine große freie Jugendbewegung zu schaffen, die es mit als ihre Aufgabe betrachtet, kräftige und gesunde Menschen heranzuziehen. Wir können uns daneben sehr gut eine Sportbewegung vorstellen, die im Sinne der freien Jugendbewegung wirkt, die eben ihre Tätigkeit der modernen Arbeiterbewegung unterordnet und die nicht das Bild der heutigen Zerissenheit und Vereinspielererei zeigen darf.

Merkworte für Jugendleiter.

Nicht jeder kann viel und vielerlei bieten. Was Du aber übernimmst, muß gut gemacht, gründlich vorbereitet, mit Zähigkeit durchgeführt werden. Lieber gar nichts, als nur Zerfahrenes und Halbes.

Bedenke: Du hast nicht nur für die Bewegung viel geleistet. Du hast auch viel von ihr empfangen. Wer weiß, ob Du ihr nicht auch geschadet hast.

Unentbehrlich sein, bedeutet für den Erzieher und Jugendleiter einen Tadel. Das Ziel eines tüchtigen Jugendleiters muß sein, überflüssig zu werden.

